Ein Recht auf Zukunft: Hilfsorganisationen fordern 'New Deal' für syrische Flüchtlinge

Ein Recht auf Zukunft: Hilfsorganisationen fordern "New Deal" für syrische Flüchtlinge

Die internationale Gemeinschaft muss ein neues Unterstützungsprogramm für syrische Flüchtlinge in der Region beschließen, fordern sieben Hilfsorganisationen im Bericht "Right To A Future". Da weder ein Ende des Konflikts noch eine baldige Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien abzusehen sind, fordern die Hilfsorganisationen umfangreiche Investitionen in die syrischen Nachbarländer, die einen Großteil der rund vier Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben. Kernstück eines solchen "New Deal" wäre, den Flüchtlingen in den Aufnahmeländern legalen Zugang zu Arbeit zu ermöglichen und ihr Recht auf Asyl zu stärken.
"Viele Flüchtlinge leben derzeit in einem rechtsfreien Raum und müssen unter dauernden Einschränkungen und in Angst vor Festnahmen, Inhaftierung und Abschiebung leiden", sagt Jan Egeland, Generalsekretär des Norwegian Refugee Council. "Die Lebensbedingungen haben sich erheblich verschlechtert. Das zwingt viele Flüchtlinge zu extremen Maßnahmen, immer mehr setzen ihr Leben während der Überfahrt nach Europa aufs Spiel. Wir müssen dafür sorgen, dass die Flüchtlinge in den Aufnahmeländern würdevoll leben können und dort für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können. Das hätte auch positive Effekte auf die Wirtschaft der Aufnahmeländer."
"Eine gesamte Generation steht auf dem Spiel - und zwar die Generation, die Syrien wieder aufbauen soll, sobald der Konflikt endlich vorbei ist. Wenn Eltern nicht für den Lebensunterhalt aufkommen können, müssen Kinder immer häufiger arbeiten. Hunderttausenden Kindern fehlen Jahre an Schulbildung, denn auch die Schulen der Aufnahmeländer sind vollkommen überlastet und brauchen viel mehr Unterstützung", betont Misty Buswell, Regionaldirektorin Mittlerer Osten von Save the Children.
Außerstande, für die eigene Miete oder Lebensmittel aufzukommen, sind Flüchtlinge dauerhaft auf finanzielle Hilfe anderer angewiesen und geraten so in einen Teufelskreis. Ohne legalen Status haben viele Flüchtlinge keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildungsangeboten und anderen sozialen Grunddiensten.
"Seit mehr als vier Jahren leben syrische Flüchtlinge von der Hand in den Mund, sind von humanitärer Hilfe abhängig und wissen nie, ob sie morgen noch genug zu essen haben. Wir haben mit vielen gut ausgebildeten Tischlern, Bauern und Lehrern gesprochen, die darum kämpfen, ein Dach über dem Kopf zu haben und die Miete aufbringen zu können. Ihre berufliche Erfahrung sollte genutzt werden, damit sie ihre Familien versorgen und auch die Wirtschaft des Aufnahmelands unterstützen können. Auch Millionen Jordanier, Libanesen, Türken und Iraker, die ebenfalls zunehmend unter der Krise leiden, könnten auf diese Weise profitieren", sagt Robert Lindner, Nahost-Experte von Oxfam Deutschland.
Angesichts des enormen Ausmaßes der Krise benötigen außerdem viele der am stärksten schutzbedürftigen Flüchtlinge Asyl außerhalb der Region. Die reichen Länder sollten mindestens 10 Prozent von ihnen eine sichere Umsiedlung ermöglichen. Bisher haben sie nur 3 Prozent akzeptiert und die Wartezeit ist viel zu lang.
"Neben der Forcierung der Friedensverhandlungen muss den Menschen in den Nachbarländern eine echte Überlebensperspektive geschaffen werden. Hierfür sind nicht nur feste Unterkünfte von Nöten, sondern letztlich müssen die Flüchtlinge selbst für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können.
Die Jugendlichen brauchen eine Berufsausbildung und danach Zugang zum Arbeitsmarkt. Durch die Kürzung der Nahrungsmittelgutscheine in den letzten Monaten sind inzwischen die Ersparnisse der Flüchtlinge weitgehend aufgebraucht. Wenn sie nicht ihr Leben während der Überfahrt nach Europa auf's Spiel setzen sollen, brauchen die Menschen nun Arbeitsmöglichkeiten vor Ort. Nur so kann ihnen ein würdevolles Leben in den Aufnahmeländern ermöglicht werden", fordert Ekkehard Forberg, Themenmanager Friedensförderung bei World Vision Deutschland.
Hintergrundinformationen:
Der Libanon hat mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen, darunter fast 500.000 Kinder im schulpflichtigen Alter. Die Flüchtlinge machen inzwischen 30 Prozent der Bevölkerung aus. Seit Januar 2015 hat das Land seine Grenzen geschlossen. Diejenigen, die eine legale Aufenthaltsgenehmigung erhalten möchten, müssen unterzeichnen, dass sie nicht arbeiten werden oder ein libanesischer Staatsbürger sie finanziell absichert. Hunderttausende stehen nun vor der Wahl nicht zu arbeiten oder ohne legales Aufenthaltsrecht zu leben.
In Jordanien leben mehr als 630.000 Flüchtlinge. 85 Prozent davon leben außerhalb von Flüchtlingscamps in Städten und Gemeinden unter der Armutsgrenze. Fast die Hälfte von ihnen haben Probleme, registriert zu werden - dadurch steigt die Gefahr, dass sie keinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen oder humanitärer Hilfe haben. 99 Prozent der Flüchtlinge, die es schaffen Arbeit zu finden, müssen dies in der Regel im informellen Sektor zu extrem niedrigen Löhnen tun.
In der Türkei leben zwei Millionen syrische Flüchtlinge - einige Städte haben sich dadurch verdoppelt. Mehr als 600.000 syrische Flüchtlinge sind immer noch unregistriert und können keine öffentlichen Dienste nutzen. Die meisten können keiner legalen Arbeit nachgehen und landen im informellen Sektor unter ausbeuterischen Bedingungen.
Im kurdischen Teil des Iraks erhalten Flüchtlinge Aufenthaltsgenehmigungen, die es ihnen erlauben, zu arbeiten. Flüchtlinge außerhalb der Camps bekommen nur sehr schwer diese Genehmigung. Flüchtlinge in Camps in anderen Teilen des Irak dürfen nicht arbeiten.
In Ägypten leben etwa 130.000 registrierte syrische Flüchtlinge, die Regierung schätzt die Dunkelziffer auf mehr als doppelt so hoch. Nur ein kleiner Teil hat aufgrund der langwierigen und teuren Prozedur sowie von Beschränkungen für nicht-ägyptische Bürger/innen eine Arbeitserlaubnis.
Zusatzmaterial:
Der Report liegt hier zum Download bereit: http://bit.ly/1QoxOBz

Kontakt für Rückfragen und Zusatzinformationen:
Save the Children Deutschland e.V.
Pressestelle - Claudia Kepp
Tel.: +49 (30) 27 59 59 79 - 28
Mail: Claudia.kepp@savethechildren.de
Oxfam Deutschland e.V.
Leiter Pressestelle und Webteam - Steffen Küssner
Tel.: +49 (30) 45 30 69 7 - 10
Mail: skuessner@oxfam.de
CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
Pressesprecherin / Director Media - Sabine Wilke
Tel.: +49 (0) 228 975 63 - 46
Mail: wilke@care.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=597726" width="1" height="1">

Pressekontakt

Save the Children

10115 Berlin

Claudia.kepp@savethechildren.de

Firmenkontakt

Save the Children

10115 Berlin

Claudia.kepp@savethechildren.de

Save the Children ist die größte unabhängige Kinderhilfsorganisation der Welt. Die Organisation wurde 1919 von der Lehrerin Eglantyne Jebb in

Großbritannien gegründet. Kinder in Deutschland und Österreich gehörten zu den ersten Empfängern von Hilfeleistungen. Heute führt Save the Children in über 120 Ländern Projekte durch, die Kindern, ihren Familien und ihrem Umfeld zugute kommen. Der Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen Schule und Bildung, Schutz vor Ausbeutung und Gewalt sowie Gesundheit und Überleben. Außerdem hilft die Organisation Kindern und ihren Familien in Katastrophensituationen. Save the Children ist Pionier auf dem Gebiet der Kinderrechte. Die von der Gründerin verfasste ?Erklärung der Rechte über das Kind, die 1924 vom Völkerbund angenommen wurde, bildet die Grundlage für die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Save the Children hat Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen und unterstützen die Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat. Außerdem hat Save the Children als eine von elf Organisationen die sogenannte ?Accountability Charter für Nichtregierungsorganisationen unterzeichnet und verpflichtet sich damit zu Transparenz und verantwortungsbewusstem Handeln.Seit Oktober 2004 ist die Organisation mit eignem Büro auch in Deutschland vertreten.